

**Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich möchte für den Ältestenrat geklärt haben, in welchem Teil der Geschäftsordnung es zu finden ist, dass Minister nicht nicken dürfen.

**Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken:**

Wir haben das im Protokoll. – Noch einmal zur Geschäftsordnung, Herr Rudolph.

**Günter Rudolph (SPD):**

Selbst Herr Frömmrich müsste verstanden haben, dass es um das Verhalten der Regierungsbank insgesamt geht. Das kann man auf verschiedene Art und Weise demonstrieren. Aber wir sind gern bereit, insbesondere über das Verhalten von Herrn Al-Wazir in der nächsten Sitzung des Ältestenrates gründlich zu diskutieren.

(Zurufe)

Da wir gerade dabei sind: Frau Hinz hat gestern nach dem Ende der Plenarsitzung ein Bohei darum veranstaltet, dass der Umweltausschuss eine halbe Stunde auf den Beginn seiner Sitzung warten musste. Auch das war äußerst unangemessen. Auch das Verhalten können wir in der nächsten Sitzung des Ältestenrates besprechen.

(Unruhe)

**Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bitte jetzt um Ruhe und Aufmerksamkeit. Ich habe größtes Vertrauen in unsere Protokollantinnen und Protokollanten, dass sie all diese Ansinnen für die nächste Sitzung des Ältestenrates festhalten und uns daran erinnern werden. Wir werden zur Kenntnis nehmen müssen, dass sich die daran anschließende Präsidiumssitzung um eine halbe Stunde verzögert. Aber das nehmen wir in Kauf.

(Marion Schardt-Sauer (Freie Demokraten): Sehr gut! Aber eine halbe Stunde reicht da nicht! – Weitere Zurufe)

Mit Ihrer aller Einverständnis würde ich diesen Tagesordnungspunkt jetzt gern beenden.

(Vereinzelter Beifall)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 87** auf:

**Antrag Aktuelle Stunde****Fraktion der Freien Demokraten**

**GRÜNE müssen sich endlich von Anarchisten im Dannenröder Wald distanzieren. Gefährdung von Menschenleben an Autobahnen ist nicht akzeptabel. Verkehrsminister muss A-49-Lückenschluss ohne weitere Verzögerungen vollenden**

– Drucks. 20/4047 –

mit **Tagesordnungspunkt 96:**

**Dringlicher Antrag****Fraktion der Freien Demokraten**

**Autobahn 49: Lückenschluss weiterhin dringend gebraucht, Bewegung radikalisiert sich zunehmend**

– Drucks. 20/4068 –

**und Tagesordnungspunkt 97:****Dringlicher Antrag****Fraktion der CDU, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**Weiterbau der BAB 49: Ergebnis des rechtsstaatlichen Verfahrens respektieren**

– Drucks. 20/4072 –

Als Erster hat sich zu dieser Aktuellen Stunde Herr Dr. Naas, FDP, gemeldet. Die Redezeit beträgt, wie immer, fünf Minuten je Fraktion.

**Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser Tage beginnen die Räumungen und die Rodungen im Dannenröder Forst. Mehr als 1.000 Beamte sind im Einsatz. Die Höhenrettung, die Feuerwehr und der Rettungsdienst sind im Einsatz. Die Polizisten werden derzeit mit Steinen beworfen, sie werden mit Pyrotechnik angegangen, und Fäkalien werden geworfen. Ich möchte an der Stelle zunächst einmal sagen: Die hessische Polizei hat meinen allerhöchsten Respekt für diese Leistung.

(Beifall Freie Demokraten, vereinzelt SPD und AfD)

Das ist dieser Tage nicht selbstverständlich. Allein das wäre eine Aktuelle Stunde wert; denn die Bedingungen sind im Moment hart. Die Corona-Abstandsregeln in dieser Situation einzuhalten ist nicht so leicht. Ich finde, hier hat das Innenministerium – die hessische Polizei – gut reagiert und auch Unterstützung zugesagt. Wir kritisieren den Innenminister gelegentlich, aber an dieser Stelle möchten wir sagen: Herr Staatssekretär Heck, das ist ordentlich. – Gute Arbeit muss auch gelobt werden.

(Beifall Freie Demokraten, vereinzelt SPD und AfD)

Während die hessische Polizei gute Arbeit leistet, sitzt der Wirtschaftsminister im Wirtschaftsministerium und ärgert sich – so wird es zitiert –, dass er diese Autobahn fertig bauen muss. Herr Al-Wazir, wir ärgern uns auch, dass Sie diese Autobahn fertig bauen müssen. Wir hätten sie gern fertig gebaut.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt AfD)

Ich sage Ihnen in Abwandlung eines Satzes aus dem Dannenröder Forst: Es gibt keine Pflicht, Wirtschaftsminister zu sein.

(Heiterkeit Freie Demokraten)

Ich will an dieser Stelle aber deutlich sagen: Dieser Lückenschluss ist nach 40 Jahre notwendig, er ist aktuell, und es geht hier um die Zukunftschancen einer ganzen Region. Es geht um den Wohlstand in diesem Land. Das haben wir gestern auch in der großen Diskussion über die Mobilität in diesem Land deutlich zum Ausdruck gebracht. Ich glaube, das ist auch Konsens.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt AfD)

Wenn Hessen so von der Mobilität abhängig ist, muss auch nach 40 Jahren noch ein Lückenschluss möglich sein. Es geht hier nicht um ein vollständig neues Autobahnnetz, sondern um einen sinnvollen Lückenschluss. Ich hätte mir gewünscht, dass ein hessischer Wirtschafts- und Verkehrs-

minister einmal sagt, dass es auch gute Gründe für diese Autobahn gibt.

(Beifall Freie Demokraten, vereinzelt SPD und AfD)

Ich hätte mir an dieser Stelle bundesfreundliches Verhalten gewünscht, und ich hätte mir von einem Wirtschafts- und Verkehrsminister auch infrastrukturfreundliches Verhalten gewünscht. Ich weiß nicht, ob Sie im richtigen Ressort sind.

(Heiterkeit und Beifall Freie Demokraten und vereinzelt AfD)

Der Wirtschaftsminister spricht für die ganze Landesregierung. Trotzdem übt er tagtäglich den Spagat. Die erste Verteidigungslinie war, zu sagen: Es ist alles erledigt. – Das war aber blöd, weil die Demonstranten gesagt haben: Wenn alles erledigt ist, kommen wir nicht weiter. Dann ist das vielleicht der falsche Wirtschaftsminister. – Also mussten Sie irgendein Ventil finden. Sie haben es gefunden: Der Bund ist es. – Im Bund kann das noch verhindert werden; ganz klar. Jetzt nennen Sie mir einmal ein Beispiel, warum der Bund das nach 40 Jahren machen sollte, nachdem er diese Straße doch durchgekämpft hat.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt AfD – Jan Schalauske (DIE LINKE): Weil der Bund das Projekt schädlich findet!)

Passen Sie also auf, dass Sie bei diesem Spagat nicht umfallen, und passen Sie auf, dass sich die Demonstranten nicht weiter radikalisieren; denn von einem fantasievollen Protest kann hier keine Rede mehr sein. Ich sage es klar und deutlich: Das sind Straftaten, das sind Täter. Das sind auch keine reinen Aktivisten mehr, sondern es sind sehr viele Extremisten dabei.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt AfD)

Jetzt bin ich einmal auf die Reaktion der LINKEN gespannt: Was für eine Verteidigung bekommen wir da?

Jeder darf demonstrieren, aber man muss klar und deutlich die Grenze benennen. Zum Rechtsstaat gehört es nicht nur, eine Gewalttat zu verhindern, sondern die Straftat an sich und die Ordnungswidrigkeit. Aber da machen Sie von den GRÜNEN ganz feine Unterschiede. Sie sagen: Hm, Gewalt ist nicht gut. – Aber was ist denn mit der Nötigung? Was ist denn mit der Ordnungswidrigkeit? Haben Sie sich einmal das Interview der Kollegin Walther am 14. Oktober im Deutschlandfunk angehört? Sie ist sechsmal gefragt worden, ob sie sich von den Abseilaktionen distanziert. Sie hat es nicht geschafft. Ich könnte es Ihnen vorlesen.

(Beifall Freie Demokraten, vereinzelt SPD und AfD)

#### **Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken:**

Herr Naas, dazu haben Sie keine Zeit mehr. Sie müssen zum Schluss kommen.

#### **Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten):**

Deswegen sage ich: Nutzen Sie von den GRÜNEN die Gelegenheit, sich heute einmal davon zu distanzieren. Der Rechtsstaat besteht aus mehr als nur Gewaltfreiheit. Die unterstellen wir alle. Vielmehr gehören auch die Ordnungswidrigkeiten dazu. Diese Camps sind illegal. Heute haben

Sie von den GRÜNEN die Gelegenheit, Ihr Verhältnis zum Rechtsstaat zu klären. – Vielen Dank.

(Beifall Freie Demokraten, vereinzelt SPD und AfD)

#### **Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken:**

Danke, Herr Dr. Naas. – Für die Fraktion der AfD hat sich Herr Gagel zu Wort gemeldet.

#### **Klaus Gagel (AfD):**

Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Besser hätten wir den Titel heute auch nicht formulieren können, außer einer Sache: Die vorsätzliche Gefährdung von Menschenleben an Autobahnen ist nicht nur „nicht akzeptabel“ – Herr Dr. Naas –, sondern kriminell.

(Beifall AfD)

Ökoextremisten haben sich an drei unterschiedlichen Autobahnbrücken gleichzeitig abgeseilt, wie am 26.10.2020 geschehen. Zu der Zeit des größten Berufsverkehrs gab es massive Staus und viele Auffahrunfälle mit Verletzten. Das haben diese Kriminellen billigend in Kauf genommen. Dahinter steckt eine bandenmäßige Absprache. Zu Recht lautet der Vorwurf der Staatsanwaltschaft auf Nötigung. Dies ist nicht nur Nötigung und kriminell, sondern auch noch konzertiert.

Konzertierte Kriminalität weist auf die Bildung einer kriminellen Vereinigung hin. Ich hoffe, dass die Ermittlungsbehörden nicht nur wegen der Straftaten ermitteln, sondern auch in die Richtung ermitteln, auf die § 129 Strafgesetzbuch verweist, nämlich die Bildung einer kriminellen Vereinigung.

(Beifall AfD)

Wenn wir schon bei Behörden sind: Herr Heck, ich kann mich dem Lob an das Innenministerium nur anschließen, auch im Namen der AfD-Fraktion. Das, was das Innenministerium und die Polizei derzeit im Dannenröder Forst und im Herrenwald leisten und geleistet haben, ist vorbildlich. Ich habe auch mit Einsatzkräften gesprochen, und die haben mir gesagt: Was diese Menschen dort machen, ist nicht anständig.

(Beifall AfD)

Sie schmeißen mit Kot und begehen Straftaten. Es werden Gartenlauben abgebaut; die Sachen sind auf einmal weg. Die benutzen dieses Baumaterial für die Baumhäuser, und kein Mensch ermittelt in diese Richtung.

Wie aggressiv jedenfalls die Ökoextremisten von „Fridays for Future“, Greenpeace und Attac vorgehen, zeigt auch die Demonstration von etwa 50 Extremisten vor der Justizanstalt in Frankfurt-Preungesheim, in der neun ihrer gewaltbereiten Mitstreiter einsitzen. Offenbar sollte hier sogar öffentlicher Druck aufgebaut werden, der direkt auf unsere freiheitliche demokratische Grundordnung abzielt.

(Beifall AfD)

Die Rolle der Partei BÜNDNIS A 49/DIE GRÜNEN beim Thema A 49 ist an Heuchelei kaum zu überbieten. Während die grüne Bundestagsfraktion unter Anton Hofreiter die zugereisten Extremisten wie Attac Düsseldorf im Dannenröder Wald zu weiteren Protesten ermutigt, sieht sich der grüne Verkehrsminister Al-Wazir in einem permanen-

ten Rechtfertigungszwang, weil er doch einen Amtseid geleistet habe. Herr Minister, niemand zwingt Sie, Verkehrsminister in Hessen zu sein.

(Beifall AfD)

Wenn Sie das mit Ihrem Parteigewissen nicht vereinbaren können, wenn die grüne Partei in Hessen und die grüne Fraktion in Hessen wegen der A 49 Gewissensbisse haben, wenn die Bundespartei ganz offen gegen die A 49 wirbt und wenn die A 49 insgesamt zu sehr an Ihrer grünen Hochmoral nagt: Warum verlassen Sie nicht die Koalition?

(Beifall AfD)

Der Dringliche Antrag, Drucks. 20/4072, der gerade reingekommen ist, ist wohl wirklich das absolute Armutszeugnis – nicht nur von den GRÜNEN, sondern auch von der CDU. Dieses Verbiegen von beiden Seiten ist lächerlich; und wenn die Öffentlichkeit einmal sehen würde, was da an lachhaften Verbiegeaktionen zu finden ist, dann müssten Sie sich wirklich schämen. Was Sie hier mit diesem Antrag abliefern, ist regierungstragenden Fraktionen nicht würdig.

(Beifall AfD)

Aber kommen wir zu den Ursachen. Der Theorie der CO<sub>2</sub>-bedingten Erderwärmung, die in Politik und weiten Teilen der Gesellschaft keine Theorie mehr ist, sondern zur Wahrheit erklärt wurde, ist ein übler Irrglaube entsprungen. Irrglaube ist auch ein Glaube, genauso, wie das bei Religionen der Fall ist.

Damit ist klar, wie wir die Vorfälle an der Autobahn einzustufen haben: Es ist das Werk von quasi-religiösen Fanatikern, die sich die sogenannte Klimakrise zum obersten Glauben angeeignet haben und den Bezug zur Realität völlig verloren haben.

(Beifall AfD)

Wir wissen auf jeden Fall, wo wir den Ökoextremismus politisch verorten müssen. Die GRÜNEN unterstützen das Ganze auch noch. Wenn wir uns nämlich die Transparente „Liebig 34 lebt“ an der Autobahn anschauen – wir haben eben über Extremismus gesprochen –, sehen wir, dass er eindeutig aus der linksextremistischen Ecke kommt.

(Beifall AfD)

Ich lese ab und zu auch die Pressemitteilungen der GRÜNEN; und ab und zu muss ich das Lesen unterbrechen, um einen Hörsturz zu vermeiden.

(Zurufe)

Aber, was ich bei Ihnen nicht gefunden habe, meine Damen und Herren: Wo ist die Distanzierung von den kriminellen Protesten?

(Beifall AfD)

Wo ist Ihre Pressemitteilung, Ihre öffentliche pressewirksame Verurteilung der Straftaten rund um die A 49?

**Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken:**

Herr Gagel, kommen Sie bitte zum Schluss.

**Klaus Gagel (AfD):**

Ich bin sofort fertig, Herr Präsident. – Liebe Kollegen von BÜNDNIS A 49/DIE GRÜNEN, holen Sie das heute an

diesem Rednerpult nach. Distanzieren Sie sich heute von den verfassungsfeindlichen Ökoextremisten – jetzt und hier. – Vielen Dank.

(Beifall AfD)

**Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken:**

Danke, Herr Gagel. – Als Nächstem erteile ich dem fraktionslosen Abgeordneten Herrn Kahnt das Wort.

**Rolf Kahnt (fraktionslos):**

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! „Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.“ Es gilt: „Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.“ Beim Lückenschluss des Ausbaus der A 49 geht es im Kern um diese beiden Grundgesetzartikel. Obwohl im Sommer das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig die letzten möglichen Klagen gegen den Ausbau der A 49 ablehnte, wird seit Wochen im Dannenröder Forst heftig demonstriert.

Demonstranten wollen die Rodung von 27 ha Wald verhindern, obwohl Planfeststellungsbeschlüsse bestandskräftig sind. Das Demonstrationsrecht ist in der Tat ein hohes Gut unserer Demokratie; es steht aber unter dem Vorbehalt, dass Demonstrationen friedlich und ohne Waffen erfolgen müssen. Gewalt und Gefährdung Dritter werden ausdrücklich ausgeschlossen. Doch wie sieht es damit vor Ort aus?

Polizeikräfte werden mit Steinen und Pyrotechnik beworfen, Aktivisten seilen sich von Autobahnbrücken ab und nehmen Staus oder, sogar noch schlimmer, Unfälle mit Schwerverletzten in Kauf. Polizeifahrzeuge werden beschädigt, und im Wald werden in Kopfhöhe von Reitern Seile gespannt, die diese gefährden. Zu fallende Bäume werden mit Nägeln gespickt, und Baumhäuser sind mit Stacheldraht gesichert. Meine Damen und Herren, vor so viel Aggression schaudert es einen tatsächlich.

Was befremdlich ist: Hier sind Menschen am Werk, für die sachliche Argumente keine Rolle spielen. Fassungslos, fast abstoßend, macht, dass diesen Demonstranten Recht und Ordnung nichts bedeuten. Sie lehnen den Rechtsstaat und seine Organe ab, und sie schrecken nicht einmal vor Gewalt zurück. Es ist Zeit, dass wir gemeinsam zur Deeskalation und zur Gewaltfreiheit aufrufen.

**Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken:**

Herr Kahnt, kommen Sie bitte zum Schluss.

**Rolf Kahnt (fraktionslos):**

Ich wünsche mir, dass sich der Hessische Landtag von dem rechtswidrigen Vorgehen der Demonstranten energisch distanziert. – Vielen Dank.

(Beifall Walter Wissenbach (AfD))

**Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken:**

Danke, Herr Kahnt. – Als Nächster spricht Herr Bellino für die CDU-Fraktion.

**Holger Bellino (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! In unserem Land kann man für und gegen alles demonstrieren, auch gegen staatliche Entscheidungen. Unser Rechtsstaat erlaubt dies nicht nur, er sperrt dafür sogar Straßen und Plätze, und wenn nötig, schützt er sogar die Demonstranten. Das ist auch gut so.

Man kann auch gegen den Bau einer Autobahn demonstrieren. Man kann auch gegen den Weiterbau der hier angesprochenen A 49 demonstrieren, obwohl diese nach einem jahrzehntelangen und intensiven Planungsprozess nun endlich realisiert werden soll, obwohl diese auf allen politischen Ebenen mit großen Mehrheiten beschlossen wurde und gerichtlich bestätigt ist und obwohl sie von dem überwiegenden Teil der dort lebenden Menschen gewollt ist, da sie deren Lebensqualität deutlich steigert.

(Beifall CDU, SPD und Freie Demokraten)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, deshalb werden wir die A 49, wie im Koalitionsvertrag festgelegt, fertigstellen. Wir stehen zu unserem Wort. Der hier angesprochene Minister Al-Wazir hat sich klar geäußert. Es gehört zu einer Koalition – manch einer hat das vielleicht vergessen, weil es für ihn zu lange her ist –, dass man Lieblingsprojekte hat und Projekte, die in einem Koalitionsvertrag ausgehandelt worden sind. Das trifft doch auf beide Seiten zu. Derjenige, der schon einmal in Regierungsverantwortung war – der eine oder andere möge sich erinnern –, weiß dies ganz genau.

Der Minister wird beispielsweise in der „FAZ“ vom 18.10. dieses Jahres als „Klartexter“ bezeichnet, der vor den überzogenen Protesten warnte und klar gesagt hat – damals ergus es um die Autobahnbrücke –: „Wer sich an eine Autobahnbrücke hängt, spielt mit Menschenleben“. Das ist eben nicht tolerabel. Das ist deutlich, wie es deutlicher eigentlich nicht geht.

(Beifall CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, man kann wegen des Weiterbaus dieser Autobahn auf die Straße gehen. Ob man dazu aber auf Bäume klettern muss, kann man hinterfragen. Sich aber von Brücken abzuseilen, den Landtag zu besteigen und damit die Bannmeile zu verletzen, und Menschen bewusst zu gefährden, ist unsäglich und hat mit dem Demonstrationsrecht nichts, aber auch gar nichts zu tun.

(Beifall CDU, SPD, AfD, Freie Demokraten und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ignoranz gegenüber der Lebensqualität Betroffener, Respektlosigkeit gegenüber staatlichen Institutionen, beispielsweise dem Landtag, und Gewalt gegen Andersdenkende und Polizistinnen und Polizisten sind keine Freiheits- und keine Grundrechte. Sie sind asozial und eines demokratischen Rechtsstaats nicht würdig.

(Beifall CDU, Freie Demokraten und Robert Lambrou (AfD))

Wir erwarten, dass sich die friedlichen Demonstranten von den Extremisten und teilweise aus dem Ausland angereisten sogenannten Aktivisten klar distanzieren

(Beifall Nancy Faeser (SPD))

und dass sie diese aus dem Haus oder aus dem Wald schmeißen. Wir erwarten, dass sich die sogenannten Akti-

visten nicht weiter von Linksextremisten unterwandern lassen. Auch das wurde hier bereits angesprochen. Die unsäglich-Bekennerschreiben, die Slogans auf Transparenten und die Internetauftritte belegen eindeutig, dass hier der Versuch der Linksextremisten unternommen wird, Fuß zu fassen.

(Beifall CDU, AfD und Freie Demokraten)

Im Wald und wegen des Waldes wird derzeit ein gewaltsamer Kampf gegen den Staat geführt. Ich nenne beispielhaft die Beschädigung von über 200 Privat-Pkw in Gießen, um diese zum „Abfackeln“ freizugeben; das Durchbrechen der Bannmeile am Hessischen Landtag; das Blockieren von Autobahnen und das Abseilen von Autobahnbrücken mit der Inkaufnahme von schweren Unfällen, wie es auch vorkam; das Errichten von illegalen Baumhäusern; das Einbetonieren von Barrikaden im Wald; das Bewerfen von Polizisten mit Steinen und Feuerwerkskörpern; das Spannen von Drähten in Kopfhöhe von Reitern und das Buddeln von Menschenfallen, um Polizisten zu verletzen oder gar zu töten.

In einem Bekennerschreiben aus der linken Szene heißt es – und das ist unsäglich –, dies sei die „letzte Warnung an die Bullenschweine“. Unerhört ist dies und hat mit einem Rechtsstaat nichts zu tun.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, AfD und Freie Demokraten)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das hat auch nichts mit dem grundgesetzlich geschützten Demonstrationsrecht zu tun, sondern das ist ein Anschlag auf unsere Rechtsordnung und auf die, die dafür einstehen.

Deshalb sage ich zum Schluss noch einmal sehr deutlich: Wir haben hohen Respekt und Anerkennung für die Polizistinnen und Polizisten, die vor Ort einen sehr schwierigen Auftrag zu erfüllen haben – einen Auftrag für uns,

**Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken:**

Herr Bellino, kommen Sie bitte zum Schluss.

**Holger Bellino (CDU):**

einen Auftrag zum Steigern unserer Lebensqualität und einen Auftrag, um unseren Rechtsstaat zu schützen. – Besten Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und vereinzelt Freie Demokraten)

**Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken:**

Danke, Herr Bellino. – Für die SPD-Fraktion hat sich Herr Eckert zu Wort gemeldet.

**Tobias Eckert (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem Lückenschluss der A 49 in Hessen erfolgt der Abschluss eines wichtigen, eines notwendigen und eines demokratisch legitimierten und rechtlich ausgerichteten Infrastrukturvorhabens. Ich will für die SPD sagen: Das ist auch gut so.

(Beifall SPD)

Im Rahmen unserer Verfassungsordnung ist es ebenso richtig, wenn Widerspruch dazu öffentlich kundgetan wird, wie wenn beispielsweise die BUND-Jugend im September im Rahmen ihrer Jahreshauptversammlung in Bad Nauheim demonstriert.

Es ist aber nicht richtig, es ist nicht legitim und es ist gefährlich, was sich aktuell im Dannenröder Forst abspielt. Verantwortliche Politik muss klarmachen, dass das gar nicht geht. Wir verurteilen das, und wir distanzieren uns von Protest, der sich wiederum selbst nicht hinreichend glaubwürdig und nachhaltig von gewalttätigem Protest distanziert. Gewalt darf kein Mittel der demokratischen Auseinandersetzung sein. Gewalt ist kein Mittel der Politik.

(Beifall SPD, AfD, Freie Demokraten, vereinzelt CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da bin ich ganz beim Landrat des Vogelsbergs, unserem ehemaligen Kollegen Manfred Görig, der es prägnant auf den Punkt bringt: Wer morgens Frühstück in den Wald bringt, darf sich abends nicht erschüttert zeigen und von Gewalt distanzieren wollen. Beides zusammen geht nicht.

(Beifall SPD, AfD und Freie Demokraten – Günter Rudolph (SPD): Guter Mann!)

Wer beim Terminal 3 des Frankfurter Flughafens vor der Wahl behauptet: „Mit mir wird es kein Terminal 3 geben“, und hinterher erklärt, man könne eh nichts machen, und jetzt beim Bau der A 49 suggeriert, es gebe Möglichkeiten, die A 49 noch zu verhindern, und gleichzeitig betont, man müsse leider exekutieren und umsetzen, was sich nicht mehr verhindern lässt, der ist vor allem eines: Er ist ein Problem für das Vertrauen in demokratisch legitimierte politische Prozesse. Er sorgt für Vertrauensverlust der Bevölkerung in die repräsentative Demokratie, weil er Lösungskompetenz wider besseres Wissen suggeriert.

(Beifall SPD, Freie Demokraten und vereinzelt AfD)

Wer beim Flughafen die Menschen hinter die Fichte führt, der treibt sie jetzt auf die Bäume.

(Beifall SPD, Freie Demokraten und vereinzelt AfD)

GRÜNE ermuntern deutschlandweit zum Protest. Sie unterstützen das, ja, sie rufen sogar zum Protest auf. Schauen Sie bei Instagram bei der Grünen Jugend Hessen in dieser Woche: Die Überschrift lautet „Tag R ist gekommen“. Dann wird da aufgerufen „Kommen Sie in den Wald“, und dann kommt ein Satz: „Alle Unterstützungsstrukturen brauchen eure Hilfe“.

Nein, meine Damen und Herren, nicht alle Unterstützungsstrukturen im Dannenröder Forst beim Protest brauchen unsere Hilfe. Sie brauchen unseren entschiedenen Widerspruch.

(Beifall SPD, AfD und Freie Demokraten)

Nicht alle Protestierer sind gewalttätig. Aber alle Protestierer lassen es zu, dass Pyros und Steine auf die Polizei geschleudert werden, dass man sich von Autobahnen mit gefährlichen Eingriffen in den Straßenverkehr abseilt, dass man mit Aufbauten, Fallen und vielem anderen mehr im Wald Menschenleben gefährdet. Herr Bellino, da bin ich ganz bei Ihnen. Nur findet sich dazu leider im Übrigen wenig bis gar nichts in Ihrem Antrag.

Wenn man in den Wald fährt und sich vorher die Fingerkuppen verätzt hat, um die Personenfeststellung von der

Polizei hinterher unmöglich machen zu wollen, dann ist man vor allem eines, nämlich meilenweit von legitimem friedlichen Protest entfernt.

(Beifall SPD, AfD, Freie Demokraten und vereinzelt CDU)

Da braucht es unser aller Widerspruch. Da braucht es den Widerspruch aller friedlichen Demonstrantinnen und Demonstranten. Aber wer dann den Widerspruch so formuliert – und dann kommt immer wieder, wie bei den GRÜNEN, vor allem das ganz große Aber –, der darf sich nicht wundern, wenn der Aufruf nicht wirkt und vor allem auch nicht ernst genommen wird. Das ist auch heute mit Ihrem Antrag der Koalitionsfraktionen so. Was CDUler damit machen, ist traurig.

Ob Flughafen oder A 49 – bei beidem wird doch eines deutlich: Wer mit großem Ego erklärt, er könne alles und jedes regeln, wenn man ihn nur unterstützt, und hinterher kommt nur ein weinerliches Mimimi – man wolle ja, aber man könne und dürfe nicht –, der darf sich nicht wundern, wenn man ihm am Ende die eine klare Frage stellt, was denn nun der Fall ist: Ist man nun saftlos und kraftlos, also weit weg von „Grün wirkt“, oder will man einfach die Menschen hinter die Fichte führen?

(Beifall SPD, AfD und Freie Demokraten)

An einem Punkt sind Sie, Herr Al Wazir, und Herr Merz im Übrigen sehr nah. Sie sind beide sehr sendungsbewusst und sehr selbstbewusst, aber am Ende kommt dieses weinerliche und wirklich kaum erträgliche Mimimi. Wir hatten das hier in der letzten Plenarwoche.

Was es braucht, das ist erstens eine klare Ansage: Gewalt ist kein Mittel der demokratischen Auseinandersetzung. Gewalt ist kein Mittel der Politik. Und kein Zweck heiligt die Mittel.

Zweitens. Es braucht eine klare Kommunikation dazu durch die Landesregierung und die sie tragenden Parteien, ohne Wenn und Aber. Das ist etwas anderes als Ihr Antrag.

(Beifall SPD, AfD und Freie Demokraten)

Drittens braucht es den Dank an die eingesetzten Polizei-beamtinnen und Polizeibeamten für ihr besonnenes und umsichtiges Agieren. Dank und Unterstützung sind gefragt. Auch das gibt es nicht in Ihrem Antrag.

(Beifall SPD, AfD und Freie Demokraten)

Viertens sorgen wir alle mit dafür, dass demokratisch legitimierte und rechtsstaatlich überprüfte öffentliche Vorhaben auch umgesetzt werden können. Denn, wenn wir das so durchgehen lassen würden, dann würden wir am Ende alle, wie wir hier sitzen, Schuhe und Strümpfe verlieren bei der Vorstellung von Gestaltung unseres Landes.

Fünftens und letztens. Ein Ministeramt bringt Verantwortung. Dieser sollte man auch nachkommen. Denn man sollte es eben nicht nur wollen, sondern man sollte es auch können. – Herzlichen Dank.

(Beifall SPD, AfD und Freie Demokraten – Günter Rudolph (SPD): Sehr schön!)

#### **Vizepräsidentin Heike Hofmann:**

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich nun Frau Walther zu Wort gemeldet.

**Katy Walther (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste! Zum Antrag und zur Aktuellen Stunde der FDP. In der Aktuellen Stunde wird gefordert, dass sich die GRÜNEN von den Anarchisten im Dannenröder Forst distanzieren mögen. Ich weiß ehrlich nicht, worauf Sie mit dieser Aktuellen Stunde hinauswollen.

(Lachen SPD und Freie Demokraten)

Denn Basisdemokratie, Ökologie und Gewaltfreiheit gehören zu unserer DNA.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Wenn es Ihnen darum geht, darauf einzuwirken, dass die Proteste friedlich bleiben mögen, dann sind Sie ein paar Wochen zu spät dran. Bereits am 11. Oktober schrieb ich unter der Überschrift „Keine Gewalt im Dannenröder Forst“ auf Facebook, Instagram und Twitter: Die Proteste und Aktionen rund um die A 49 und den Dannenröder Forst müssen friedlich bleiben. Der Einsatz von Schlagstöcken gegen Protestierende ist genauso zu verurteilen wie Steinwürfe auf Einsatzfahrzeuge der Polizei.

(Zurufe AfD und Freie Demokraten)

Letztlich nützt es niemandem und der Sache ganz sicher am wenigsten, wenn es Verletzte im Wald gibt. In den Protestcamps sitzen Menschen, und in den Uniformen stecken Menschen. Das sollten wir alle nicht vergessen. Dazu stehe ich bis heute.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Wenn ich mir Ihren Antrag so anschau, habe ich den Eindruck von einer Partei, die echt den Anschluss verpasst hat. Gleich im ersten Absatz heißt es:

Die Chancen einer zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung der Region hängen nicht unwesentlich von dem Lückenschluss ab.

Dieser Satz ist so eingängig wie falsch. Autobahnen bringen nicht automatisch Wohlstand, liebe FDP, sondern zunächst einmal mehr Verkehr und im Nachgang Logistikzentren, Autohöfe und neue Gewerbegebiete auf der grünen Wiese. Die Ansätze in der Klimakrise müssen andere sein. Und dabei reden wir nicht nur über CO<sub>2</sub>-Preise. Unsere Wirtschaft muss sich grundlegend ändern.

(Zurufe AfD und Freie Demokraten)

Sie muss deglobalisiert, reregionalisiert und entschleunigt werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

In Punkt 2 findet sich ein direkter Angriff auf unseren Verkehrsminister – was ich lustig finde, wenn man die Wankelmütigkeit und das Anbiedertum der FDP bedenkt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU – Zuruf Freie Demokraten)

Anfang November stellte die FDP eine Kleine Anfrage zu den naturschutzrechtlichen und wasserrechtlichen Auflagen im Bereich der A 49, die dann – oh Wunder – auf mysteriösen Wegen zu „Fridays for Future“ und zu den Umweltverbänden gelangte.

Ein paar Tage später reicht dieselbe Partei die Aktuelle Stunde ein, um dieselben Leute zu diskreditieren, bei denen man sich fünf Minuten vorher noch einschleimen musste.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt CDU und DIE LINKE)

Im Antrag werden Tarek Al-Wazir und die ganze Landesregierung aufgefordert, sich endlich „nach außen inhaltlich und im Sprachgebrauch geschlossen zu positionieren“. Das hätten wir uns einmal trauen sollen: über Parteigrenzen hinweg eine Sprachregelung zu Projekten zu verlangen.

Verstehen Sie eigentlich das Konstrukt einer Koalition aus zwei Parteien? – Im Übrigen lobe ich mir einen Minister, der sich entgegen der Überzeugung zur Verkehrswende und Klimaschutz hinter Recht und Gesetz stellt. Das sollten Sie langsam einmal anerkennen, liebe FDP und liebe SPD.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Der Landtag betrachtet mit Sorge, dass sich die Protestbewegung zunehmend radikalisiert.

Auch die Pauschalität in dieser Aussage ist leider falsch. Richtig ist, dass sich Gruppen unter die Besetzung gemischt haben, denen es um andere Sachen geht als um den Wald und die Verkehrswende. Das steht auch im Verfassungsschutzbericht 2019. Schade ist, dass sich die friedlichen Besetzer nicht ausreichend abgegrenzt haben.

Wir sagen: Der Protest muss friedlich bleiben. Gewalt gegen Menschen und Gewalt gegen Sachen lehnen wir mit aller Deutlichkeit ab.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Wer auf einen Menschen losgeht, kann sich nicht hinter der noch so guten Sache verstecken. Genauso lehne ich es aber ab, der FDP das Recht zuzusprechen, zu entscheiden, wie wir Protestierende bezeichnen. Wer Aktivist ist und wer nicht, entscheidet nicht die FDP. Und das ist gut so.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU – Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn (Freie Demokraten): Aber Sie auch nicht!)

Was hier versucht wird, ist eine Kriminalisierung aller Demonstrantinnen und Demonstranten gegen dieses 40 Jahre alte Projekt. Die Sippenhaft gibt es bei uns nicht mehr.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt CDU und DIE LINKE)

Zu den Abseilaktionen haben sich sowohl Tarek Al-Wazir als auch ich hinreichend positioniert. Die juristischen Bewertungen wurden durch Staatsanwaltschaften und Gerichte vorgenommen. Das übernehmen nicht wir hier.

In Punkt 7 heißt es:

Der Landtag bekräftigt, dass die anstehende Rodung im Gebiet ... gewaltlos und ohne weitere Zwischenfälle verlaufen muss, und ruft die Beteiligten auf, den Anweisungen der Polizei Folge zu leisten und ... [den Wald] zu verlassen.

Liebe FDP, bürgerlicher Ungehorsam ist keine Erfindung der Neuzeit, sondern ein Werkzeug, dessen Wurzeln bis in die Antike reichen. Auch die Rechtsprechung sagt, dass ziviler Ungehorsam – und um den handelt es sich bei der Masse der Protestierenden vor Ort – im deutschen Recht

weder eine Ordnungswidrigkeit noch eine Straftat ist. Die möglichen Sanktionen betreffen nicht den zivilen Widerstand, sondern die konkreten Rechtsverletzungen, die begangen werden. Diese werden von Polizei und Gerichten geahndet.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

**Vizepräsidentin Heike Hofmann:**

Frau Walther, kommen Sie bitte langsam zum Schluss.

**Katy Walther (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich komme zum Schluss, danke. – Das haben auch die Beamtinnen und Beamten vor Ort verstanden, denen ich hier ausdrücklich für ihren Einsatz danken möchte. Sie respektieren das Recht auf Protest und sorgen mit ihrer Strategie „Sorgfalt vor Schnelligkeit“ dafür, dass eben keiner verletzt wird.

Als parlamentarische Beobachter vor Ort versuchen wir und DIE LINKE, zur Deeskalation beizutragen.

(Zurufe AfD und Freie Demokraten: Ja, ja!)

Der Antrag der FDP macht das genaue Gegenteil, und das ist schäbig. – Danke schön.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Heike Hofmann:**

Für DIE LINKE hat sich nun Herr Schalauske zu Wort gemeldet.

**Jan Schalauske (DIE LINKE):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Weiterbau der A 49 bewegt viele Menschen in der Region, in Hessen und darüber hinaus. Deswegen ist es durchaus richtig, dass wir in einer Aktuellen Stunde über diesen Weiterbau reden. Aber ich glaube, es ist auch wichtig, noch einmal zum inhaltlichen Kern der Sache zurückzukommen.

Ich will dennoch eine kritische Vorbemerkung machen. Man kann ja zum Weiterbau der A 49 stehen, wie man will. Wir haben da als LINKE auch eine sehr klare Haltung dazu, die sich deutlich von denen der anderen Fraktionen unterscheidet. Ich finde aber, dass eines nicht geht: Das ist, immer wieder zu behaupten, man sei schon immer gegen den Autobahnbau gewesen, man halte ihn für falsch, und andererseits sich aufgrund der Koalitionsräson einfach vor den aktuellen Entwicklungen wegzuducken – so wie das der Antrag hier vorgibt. Ich finde, das geht nicht.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Jetzt zum inhaltlichen Kern der Sache. Es mag ja sein, dass die Entscheidungen über Bundesautobahnbau beim Bund liegen und das Land im Auftrag handelt. Aber rechtliche Konsequenzen, wenn ein Land eine Autobahn nicht baut, gibt es nicht. Der Bund baut doch keine Autobahn, die die Bundesländer nicht wollen.

(Zuruf Jürgen Lenders (Freie Demokraten))

Da frage ich: Wo war denn der Widerstand des Landes Hessen? – Diesen Widerstand gab es nicht, im Gegenteil: GRÜNE und CDU haben hier im Landtag am Weiterbau festgehalten und haben das dokumentiert. Eigentlich müsste der Bund dann das Land anweisen, so heißt es. Das ist aber doch meines Wissens in der Vergangenheit noch nie in der Bundesrepublik passiert. Von einem grünen Verkehrsminister wäre es doch zu erwarten, dass er sich einer falschen Planung entgegenstellt. Ich finde: Nutzen Sie Ihre Möglichkeiten. Baurecht bedeutet nicht Baupflicht.

(Beifall DIE LINKE)

Wie stand es denn vor wenigen Wochen auf einem Banner von Greenpeace vor dem Landtag? „Wenn das noch Grün ist, sehen wir schwarz“. Dem ist eigentlich kaum etwas hinzuzufügen.

Es ist heute viel zu wenig über die Gründe geredet worden, warum der Autobahnbau so umstritten ist. Es gab wenige Worte über die Gefahr bei der Trinkwasserversorgung. Da gibt es ja Entwicklungen. Sie wissen, was die mittelhessischen Wasserwerke dazu sagen: „Operation am offenen Herzen“. Sie wissen auch, dass dem Gutachten der DEGES GmbH, welches vom Minister stolz vor sich hergetragen wurde, von einem Marburger Beratungsbüro heftige Mängel attestiert worden sind. Wo sind denn hierzu Ihre Stellungnahmen? Denn wir leben doch in Zeiten von Wasserknappheit und Dürreperioden. Wir bleiben dabei: Die Versorgung mit Trinkwasser ist zu wichtig, als dass wir sie einem unsinnigen Autobahnbau unterordnen dürften.

(Beifall DIE LINKE)

Für den Bau sind in dem einst wunderbaren Herrenwald – ich komme aus der Region –, einem europäischen Naturschutzgebiet, 43,5 von 47 ha gerodet worden. In diesen Minuten werden auch in dem intakten und vorbildlich bewirtschafteten Dannenröder Forst die ersten Bäume gefällt. Wir haben es hier doch diskutiert: Ausgleichsmaßnahmen können diese Zerstörung nicht kompensieren. Deshalb bleiben wir dabei: Der Dannenröder Forst darf nicht gerodet werden.

(Beifall DIE LINKE)

Ich kann doch verstehen, dass sich Menschen eine Entlastung vom Verkehr wünschen. Aber das wird nicht passieren. Diese Autobahn wird massiven Verkehr nach Mittelhessen bringen, Straßen be- und nicht entlasten und ganze Täler verlärmern. Wer Straßen sät, wird Verkehr ernten. Das wollen wir nicht.

(Beifall DIE LINKE)

Der Weiterbau verursacht gigantische Kosten. Ich habe Ihnen dies schon einmal gesagt: 42,5 Autobahnkilometer für 1,4 Milliarden €. Das ist eine Verdreifachung der Kosten.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Hält da keiner die „Schuldenbremse“?)

ÖPP-Verträge sind geschwärzt. Scheuer, der Bundesverkehrsminister, will die Rendite der Investoren nicht offenlegen. Vielleicht könnte der hessische Verkehrsminister in diesem Zusammenhang einmal etwas tun; denn Hessen ist auch Vertragspartner. Auf jeden Fall gilt: Private Investoren reiben sich die Hände und freuen sich auf klingelnde Kassen. – Wir lehnen das ab. Straßen gehören in öffentliche Hand, meine Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE)

Egal, welche markigen Worte die FDP auch finden will, ich werde nicht der Gefahr unterliegen, etwas zur Ideenverwandtschaft und -geschichte von Anarchismus und Liberalismus zu sagen, weil dafür die Zeit zu kurz ist. Beim Wettern gegen Verbote und Regularien gibt es vielleicht Überschneidungen, aber dafür habe ich keine Zeit.

Wir halten noch einmal fest: Wir danken den Bürgerinitiativen für ihr jahrzehntelanges Engagement. Wir begrüßen den „Dannenröder Appell“; und, ja, wir sind solidarisch mit Menschen, die den Dannenröder Forst seit Monaten besetzen und bewohnen, um unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu bewahren. Wir lehnen Pauschalisierungen und Verurteilungen ab, genauso wie wir die Gefährdung von Menschen ablehnen. Das tun wir immer und egal, von wem sie ausgehen. Jeder Verletzte ist einer zu viel – egal, von welcher Seite. Mit Blick auf den Antrag von CDU und GRÜNEN muss ich feststellen, dass auch Sie alle Seiten – auch die Polizei; das sage ich in Klammern – dazu aufrufen sollten, gewaltfrei zu sein und sich in Mäßigung zu üben.

(Zuruf: Was denn sonst?)

#### **Vizepräsidentin Heike Hofmann:**

Herr Schalauske, bitte kommen Sie zum Schluss.

#### **Jan Schalauske (DIE LINKE):**

DIE LINKE ist mit parlamentarischen Beobachtern vor Ort, um darauf zu achten, dass Grundrechte nicht eingeschränkt werden. Diese Präsenz – genauso wie die der GRÜNEN – scheint zur Deeskalation beizutragen. Die Grüne Jugend hat recht mit ihrem Slogan: „Alle in den Wald!“ Dieser bleibt aktuell. Der Dannenröder Forst muss geschützt und der Bau der A 49 verhindert werden.

(Beifall DIE LINKE)

#### **Vizepräsidentin Heike Hofmann:**

Für die Landesregierung hat nun Herr Staatsminister Tarek Al-Wazir das Wort.

#### **Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen:**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich gebe ehrlicherweise zu, dass mich die Vorwürfe von SPD und FDP ein wenig überrascht haben, weil die Vorwürfe in den letzten Monaten eher von einer anderen Seite kamen, dass wir diesen Bau nämlich umsetzen und sich auch das hessische Verkehrsministerium an geltendes Recht hält. Ich finde es, mit Verlaub, bemerkenswert, dass es das größte Problem des Kollegen Naas zu sein scheint, dass ich dabei nicht jubele. Wenn dies Ihr größtes Problem ist, sage ich Ihnen: Jedenfalls ich habe dieses Problem nicht, Her Kollege Naas.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will zur Klarstellung noch einmal sagen – das habe ich an dieser Stelle schon mehrfach gesagt –: Der Weiterbau der Bundesautobahn A 49, der korrekte Name ist BAB 49, ist vom Deutschen Bundestag, das ist die erste Gewalt, beschlossen worden. Sie wurde von der Bundesregierung, das

ist die zweite Gewalt, in Auftrag gegeben; und sie wurde vom Bundesverwaltungsgericht, das ist die dritte Gewalt, bestätigt. Natürlich wird sich die Hessische Landesregierung an geltendes Recht halten. Was denn sonst, meine sehr verehrten Damen und Herren?

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf Jan Schalauske (DIE LINKE))

– Nein, Sie haben gesagt, es sei sozusagen alles auf Landesebene zu entscheiden.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Nee, aber Sie haben sich doch für die Mittel eingesetzt! – Anhaltende Zurufe DIE LINKE)

– Jetzt hören Sie doch einmal zu; denn er hat mir eine Frage gestellt, und ich versuche, diese zu beantworten.

Schauen Sie sich einmal die Geschichte der A 38 in Niedersachsen an; das ist Göttingen in Richtung Halle. Eine Landesregierung wollte es anders, aber der Bund hat gesagt, das ist eine Entscheidung auf Bundesebene. Schauen Sie sich einmal die A 643 an – das ist gar nicht so weit weg –, Stichwort: Mainzer Sand, Landesentscheidung versus Bundesentscheidung. Schauen Sie sich beispielsweise einmal die A 100 in Berlin an. Dort baut Rot-Grün-Rot gerade den 16. Abschnitt der A 100 fertig, übrigens auf der Grundlage eines rot-roten Planfeststellungsbeschlusses aus dem Jahre 2009. Herr Kollege Schalauske: 16. Abschnitt, ich erwähne dies nur einmal.

(Jan Schalauske (DIE LINKE): Nein, wegen der GRÜNEN wird dort der letzte Abschnitt nicht gebaut! – Unruhe – Glockenzeichen)

– Herr Kollege Schalauske, wissen Sie, eine Frage zu stellen und dann anzufangen, laut dazwischenzurufen, wenn die Frage beantwortet wird, da es eben einfach nicht stimmt, was Sie behauptet haben, spricht nicht für Sie.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ebenso ist völlig klar: In einer Demokratie ist es selbstverständlich, dass man gegen getroffene Entscheidungen protestieren kann, allerdings – da gibt es kein Wenn und kein Aber – friedlich und unter Einhaltung der geltenden Gesetze. Das kann hier, bitte schön, niemand infrage stellen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja, auch das stimmt: Baurecht ist nicht gleich Baupflicht. Aber auf das Baurecht kann nur der Bauherr verzichten; und das ist die Bundesrepublik Deutschland. Diese hat sich entschieden, und zwar sehr deutlich. Deswegen gibt es in dieser Sache – bei allem oppositionellen Furor von der einen oder anderen Seite – eigentlich nicht mehr viel zu sagen, außer dass dem Land Hessen nur noch sieben Wochen lang die Auftragsverwaltung obliegt.

(Günter Rudolph (SPD): Was ein Glück!)

– Nicht „was ein Glück“. Günter, wir sind noch sieben Wochen lang in der Auftragsverwaltung, nur damit du dies einmal weißt. – Und es ist völlig klar: Wir setzen um, was geltendes Recht ist. Der Vertrag ist mit dem ÖPP-Auftragnehmer abgeschlossen worden, und zwar zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Strabag. Es ist logisch – das weiß auch jeder –, dass ich persönlich in Bezug auf den Weiterbau der A 49 kritisch eingestellt war, als es noch um die Frage ging, ob dort etwas gemacht wird oder nicht. Gerade die SPD weiß doch noch – Tobias Eckert

weiß es vielleicht nicht mehr, aber Günter Rudolph weiß es –, welche Formulierung 1991 im rot-grünen Koalitionsvertrag stand: qualifizierter Abschluss bei Bischhausen.

(Günter Rudolph (SPD): Der Bau hat der SPD auch stark geschadet! Das kann ich bestätigen!)

Ich weiß noch genau, welche Debatten und namentlichen Abstimmungen wir hier durchgeführt haben. Ich kann mich auch noch an das Abstimmungsverhalten des Kollegen Karl Heinz Ernst in dieser Frage erinnern. Also, bitte, tut jetzt doch nicht so, als hättet ihr damit nicht schon selbst ein Problem gehabt.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum vorletzten Punkt, der mir wichtig ist. Es wird jetzt gefragt: Wie kann es denn sein, dass einer, der dieser Autobahn immer kritisch gegenüberstand, am Ende, in der Auftragsverwaltung, dafür sorgt, dass sie gebaut wird? Ich habe dies schon mehrfach gesagt; und an dieser Stelle will ich es noch einmal sehr deutlich sagen: Die Bindung der Exekutive an Recht und Gesetz ist der Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor willkürlichem staatlichem Handeln.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es kann sein, dass einem persönlich manche Dinge nicht gefallen, aber noch einmal: Die Bindung der Exekutive an Recht und Gesetz ist der Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor willkürlichem staatlichem Handeln. Deswegen, finde ich, Herr Kollege Naas, sollte man sich nicht verächtlich äußern, wenn ein Minister darauf hinweist, dass er einen Amtseid geschworen hat. Darüber sollte man sich nicht lustig machen; man sollte es nicht verächtlich machen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Noch eine Sache in Richtung der Kolleginnen und Kollegen der FDP: Das gilt übrigens für jedes Baurecht. Das gilt auch für genehmigte Windräder oder für genehmigte ICE-Trassen. Morgen wird die Deutsche Bahn übrigens den Trassenvorschlag für die ICE-Trasse Frankfurt–Mannheim vorstellen. Ich bin gespannt, auf welcher Seite der Barrikade ich Sie wiedersehen werde, Herr Kollege Naas. Auf die Antwort auf diese Frage bin ich sehr gespannt.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Letzter Punkt; und das macht mir wirklich Sorgen. Zuerst: Als GRÜNE brauchen wir in Sachen Gewaltfreiheit keine Nachhilfe. Das ist am Tag unserer Gründung als einer der vier Grundsätze der Partei festgeschrieben worden: „ökologisch, sozial, basisdemokratisch und gewaltfrei“. Das war im Januar 1980.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man muss ehrlicherweise sagen: Wenn Sie sich im Übrigen einmal unsere Landesgeschäftsstelle anschauen, dann würden Sie sehen, dass gerade wir das Ziel von Angriffen mancher Leute sind. Unsere Landesgeschäftsstelle ist beschmiert worden, bei uns sind Leute eingedrungen. Sie müssen sich überlegen, was Sie hier eigentlich sagen.

Die spannende Frage lautet: Was können wir eigentlich gegen Radikalisierung tun? Ich finde es gefährlich – das will ich Ihnen sehr deutlich sagen –, wenn man auch an dieser Stelle alle und alles in einen Topf wirft. Es gibt in der Distanzierung von Gewalt kein Wenn und Aber. Aber Achtung: Wenn Sie anfangen, „Fridays for Future“ in einen

Topf mit Leuten zu werfen, die Gewalt anwenden, machen Sie einen dramatischen Fehler, Herr Kollege Naas.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will Ihnen noch einmal sagen: GRÜNE brauchen von der heutigen FDP keine Nachhilfe in Sachen Rechtsstaat.

(Zurufe Freie Demokraten: Doch!)

– Nein. Burkhard Hirsch und Hildegard Hamm-Brücher leben nicht mehr, aber Sie können in Bezug auf die Gefahren von Radikalisierung einmal bei Gerhart Baum nachfragen. Da brauchen wir keine Nachhilfe.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will Ihnen ganz ehrlich sagen, weshalb es mir Sorgen macht, dass sich am gestrigen Tag beispielsweise Herr Kollege Hahn hierhin stellte und pauschal von „Terroristen“ sprach und ihm dies nicht einmal auffiel. Ich kann Ihnen sagen: Schauen Sie auf die sozialen Bewegungen der Siebzigerjahre zurück; denn dann werden Sie wissen, wie gefährlich dies sein kann. Schauen Sie zurück auf die Auseinandersetzungen rund um die Startbahn West. Damals sind am Ende Menschen gestorben; Polizisten sind erschossen worden, weil sich Demonstrierende so weit radikalisiert hatten, dass sie den Unterschied von Recht und Unrecht am Ende nicht mehr wahrnehmen konnten.

(René Rock (Freie Demokraten): Herr Al-Wazir, das ist ein ganz schlechtes Beispiel!)

Deswegen kann ich Ihnen an dieser Stelle sagen: Es gibt kein Wenn und Aber in Bezug darauf, dass jegliche Art von Gewalt niemals eine Form der Auseinandersetzung sein kann.

(René Rock (Freie Demokraten): Das ist ein ganz schlechtes Beispiel! Geschmacklos und schlecht! – Anhaltende Unruhe Freie Demokraten – Glockenzeichen)

– Aber Vorsicht bei der Frage –

### Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Schenken Sie dem Redner bitte mehr Aufmerksamkeit.

(René Rock (Freie Demokraten): Ganz schlechtes Beispiel!)

### Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen:

Herr Rock, sind Sie fertig?

(René Rock (Freie Demokraten): Ja!)

– Gut.

(René Rock (Freie Demokraten): Überlegen Sie einmal, was Sie sagen!)

– Ich überlege sehr gut, was ich sage. Überlegen Sie doch einmal, was Sie beantragen.

Deswegen sage ich Ihnen an dieser Stelle: Wir müssen alle gemeinsam ein großes Interesse daran haben, dass wir unterschiedliche Meinungen aushalten. Wir dürfen nichts tun, was am Ende dazu beiträgt, dass sich Leute weiter radikalisieren. Daran müssen wir ein gemeinsames Interesse haben.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Übrigens müssen auch die Gegner der A 49 ein Interesse hieran haben, weil gewalttätige Formen des Protests den Protest am Ende insgesamt diskreditieren. Daran kann niemand ein Interesse haben, der gegen diese Autobahn ist. Das sage ich ganz ausdrücklich.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Deswegen glaube ich: Wenn wir diese Debatte einmal Revue passieren lassen, dann ist es angebracht, sie mit Ernsthaftigkeit zu führen und nicht zu versuchen, aus wirklich allem ein parteipolitisches Ding zu machen. – Vielen Dank.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsidentin Heike Hofmann:**

Für die SPD-Fraktion hat sich nun Herr Rudolph zu Wort gemeldet.

#### **Günter Rudolph (SPD):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Al-Wazir, Sie haben recht, die SPD hat bei dem Thema Planung der A 49 auch nicht alles richtig gemacht. Wir haben Anfang der Neunzigerjahre im Schwalm-Eder-Kreis politisch ordentlich dafür bezahlt, auch wegen des Abstimmungsverhaltens im Hessischen Landtag. Im Nachhinein sage ich: weil keine klare Haltung vorhanden war. – Das erleben Sie jetzt auch, auf der anderen Seite.

Sie müssen den Menschen schon erklären, wofür Sie stehen. Ich will das etwas grundsätzlicher aufbauen. Die Frage lautet doch: Bekommen wir in der Bundesrepublik im Jahr 2020 noch ein Infrastrukturprojekt hin, oder ist es nicht mehr möglich, weil es nicht mehr akzeptiert wird, wenn rechtsstaatlich getroffene Entscheidungen umgesetzt werden sollen?

(Beifall SPD und Freie Demokraten)

Das ist eine eher grundsätzliche Frage. Das gilt nicht nur für Autobahnen, das gilt auch für Windkraftanlagen.

(Marius Weiß (SPD): Citybahn!)

– Das gilt auch für die Citybahn. Diejenigen, die sagen, die Citybahn sei ein altmodisches Fortbewegungsmittel, stehen lieber stundenlang im Stau und verpesten die Umwelt. Das ist, ehrlich gesagt, auch keine Alternative.

Jedes Infrastrukturprojekt, jeder Kindergarten, jedes Baugebiet – das können viele Kolleginnen und Kollegen wahrscheinlich bestätigen – wird mittlerweile infrage gestellt, obwohl es rechtsstaatlich, bis zu höchsten deutschen Gerichten, abgeurteilt worden ist. Deswegen ist das schon eine eher grundsätzliche Frage, wie man mit solchen Projekten umgeht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Wir wollen, dass der Rechtsstaat handlungsfähig ist und dass rechtsstaatlich getroffene Entscheidungen auch irgendwann umgesetzt werden können. Das muss unsere Position sein.

(Beifall SPD)

Jetzt komme ich einmal zu dem Antrag der Koalitionsfraktionen. Kollege Bellino, Ihre Rede war deutlich konse-

quenter und klarer in der Zielsetzung als das, was im Antrag steht. Wenn ich mir allein Punkt 1 anschau, da fordern Sie im letzten Satz „Gleichzeitig ruft er“ – der Hessische Landtag – „angesichts der geplanten Baumaßnahmen alle Beteiligten zur Deeskalation und Gewaltfreiheit auf.“ Unterstellen Sie damit der Polizei, dass sie gewaltbereit sei? Was soll diese Formulierung? Schauen Sie sich diesen Punkt an, er ist hintendran gequetscht, wahrscheinlich von den GRÜNEN initiiert.

(Zuruf Holger Bellino (CDU))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Formulierung „mit allen den Dialog suchen“ ist eine Verniedlichung von Aktivisten. Es gibt einen harten Kern von Extremisten, der will keinen Dialog, dem geht es nicht um die Sache. Da müssen wir deutlich klarstellen, dass wir das als Hessischer Landtag verurteilen.

(Beifall SPD und Freie Demokraten – Zuruf Katy Walther (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Weitere Zurufe)

Dann sagt Frau Walther von den GRÜNEN, man müsse auch einmal den Verkehrsminister loben. Er müsse etwas umsetzen, was er eigentlich nicht wolle. – Erstens macht er das freiwillig. Es hat ihn keiner gezwungen. Zweitens. Der Hinweis, dass er an Recht und Gesetz gebunden sei, ist eine Plattitüde. Das ist eine Selbstverständlichkeit in einem demokratischen Rechtsstaat. Dafür muss man ihn nicht loben, das erwarten wir, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD und Freie Demokraten – Zuruf Katy Walther (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Dann ist es wirklich ein Gejammer, eine Larmoyanz der GRÜNEN: Sie dürften nicht mehr in den Danni; das sei alles ganz schlimm, was man mit ihnen mache; sie seien die Einzigen, die sich für den Klimaschutz einsetzten; es sei alles so ungerecht, sie müssten den Koalitionsvertrag umsetzen, und sie hätten es nicht gewollt. – Nun, Macht ist Macht, und wenn man Macht hat, ist es auch nicht schön.

(Katy Walther (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt doch gar nicht! – Weitere Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, welche Initiativen gab es denn seit 2014, dem Eintritt der GRÜNEN in die Regierung, bis zum Jahr 2020 gegenüber der Bundesregierung, die BAB 49 nicht zu bauen? Wie viele Initiativen? – Null. Hören Sie auf mit der Heuchelei, dass Sie irgendeine Maßnahme dagegen unternommen hätten. Null. Nada.

(Beifall SPD und Freie Demokraten – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt doch überhaupt nicht!)

– „Stimmt doch gar nicht“, ruft Herr Frömmrich. Dann nennen Sie doch die Initiativen.

(Zurufe Jürgen Frömmrich und Katy Walther (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Nennen Sie die Initiativen. Sie sind erwischt bei dem Doppelspiel und der Heuchelei.

(Zuruf Janine Wissler (DIE LINKE) – Anhaltende Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Beim Thema Flughafenausbau, Terminal 3 sind Sie unten drunter durchgerutscht. Da hätte ich ehrlich erwartet, dass

es Auseinandersetzungen gibt. Jetzt erwischt es Sie bei der A 49, weil Sie suggerieren, dass man noch etwas ändern könnte. Politisch gibt es weder in Berlin noch in Wiesbaden eine Mehrheit, den Autobahnbau zu stoppen. Sie suggerieren, es wäre machbar. Das ist eine politische Entscheidung, die nicht stattfindet.

(Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Selbst wenn Sie in die nächste Koalition mit der CDU, auf Bundesebene, gehen – was Sie ja alle wollen –, würden Sie nicht den Weiterbau der A 49 stoppen. Macht vor Moral, das ist Ihr Ansatz, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, Freie Demokraten und DIE LINKE – Unruhe)

Deswegen hören Sie bitte mit dieser Larmoyanz auf. Ich stelle mir das einmal umgekehrt vor, die SPD wäre in einer Regierung und Sie in der Opposition. Wir müssten ja alle ins Krankenhaus, wir würden das alle nicht mehr aushalten, was Sie uns vorwerfen würden.

(Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nein, Sie haben sich machtpolitisch entschieden, Sie treten in eine Koalition mit der CDU ein. Die Bedingung der CDU war: Es muss den Weiterbau der A 49 geben. – Ja, in Koalitionen muss man Kompromisse machen. Das haben wir alle schon erlebt. Dann sollten Sie aber nicht so tun, als könnten Sie es verhindern.

Mit dem einen Bein auf der Regierungsbank und im Dienstwagen sitzen und mit dem anderen Bein den Baumbesetzern und Umweltschützern zu suggerieren: „Wir sind an eurer Seite“ – Sie sind erwischt, das funktioniert nicht. Hören Sie deswegen auf mit der Heuchelei. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall SPD, Freie Demokraten und vereinzelt DIE LINKE – Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### **Vizepräsidentin Heike Hofmann:**

Für die FDP-Fraktion darf ich nun Herrn Dr. Naas nach vorne bitten.

### **Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten):**

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Koalitionsvertrag steht es eindeutig: Die A 49 soll gebaut werden. – Dieser Koalitionsvertrag trägt doch Ihre Unterschrift. Das ist sehr entlarvend. Das ist doch Ihre Sache gewesen. Sie haben doch längst Ihren Frieden damit gemacht. Dann stehen Sie doch auch dazu.

(Katy Walther (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das machen wir doch!)

Ich glaube auch, dass Sie insgeheim längst den Frieden mit diesem sehr sinnvollen Projekt geschlossen haben. Sie haben vielleicht ein bisschen Angst um die Wählerstimmen und versuchen sie auf den Bäumen zu retten.

(Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Entlarvend ist Ihr Antrag auf dem Landesparteitag. Der ist wirklich entlarvend.

(Katy Walther (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum denn?)

Der, der sich mit 400 Stimmen durchgesetzt hat, der auch alle Ihre Unterschriften der Landtagsfraktion trägt.

(Zurufe Günter Rudolph (SPD) und Janine Wissler (DIE LINKE))

Da wird deutlich, wo die Prioritäten liegen. Darin ist noch einmal der Sündenablass aufgezählt und die Kompensation im Sinne des Ablasshandels – ich könnte Ihnen das vorlesen, was Sie alles machen –: die Verkehrsverbände, die Flattratetickets. Das schlechte Gewissen drückt, da haben Sie recht.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt SPD – Widerspruch BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, darauf möchte ich aber heute gar nicht eingehen. Wir haben einen Dissens in einer Sache.

(Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben den Eindruck – da können Sie sich meine Rede noch einmal durchlesen –, dass Sie irgendwie die Gewaltfreiheit in Abrede stellen.

(Widerspruch BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist doch das Mindeste, was man erwarten kann. Das ist doch das Mindeste, was man von einer Staatsregierung erwarten kann.

(Zurufe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Sie schreiben das immer so: Es müsse friedlich sein, uneingeschränkt auf der Grundlage des Demonstrationsrechts, ohne Gewalt gegen Menschen und privates Eigentum – d'accord.

(Anhaltende Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber das ist weniger als die gesamte Rechtsordnung. Das ist doch das Problem.

(Beifall Freie Demokraten)

Es geht um Nötigung, es geht um Ordnungswidrigkeiten. Von denen haben Sie sich nie distanziert.

(Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Kollegin Walther, ich kann Ihnen das Interview mit dem Deutschlandfunk vorlesen.

(Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Warum regen Sie sich denn so auf?)

– Weil Frau Walther sechsmal gefragt wurde und sie es sechsmal nicht geschafft hat, sich von gesetzeswidrigem Verhalten zu distanzieren.

(Anhaltende Zurufe – Glockenzeichen)

Sie hat es bis heute nicht geschafft, zu sagen, dass diese Camps illegal sind. Die Camps im Dannenröder Forst sind illegal.

(Anhaltende Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Heute, zum ersten Mal, hat der Minister beiläufig gesagt: „Einhaltung der geltenden Gesetze“. – Das sind alle Gesetze, auch die, die nicht Gewalt gegen eine Person oder gegen eine Sache betreffen.

(Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Zuhören!)

Nötigung ist keine Gewalt gegen eine Person. Nötigung ist aber ein Straftatbestand, gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr ist genau dasselbe,

(Beifall Freie Demokraten)

ebenso die ganzen Ordnungswidrigkeiten im Dannenröder Forst. Nutzen Sie die Gelegenheit heute, zum Rechtsstaat zurückzufinden. – Herzlichen Dank.

(Beifall Freie Demokraten – Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsidentin Heike Hofmann:**

Für die AfD hat sich der Fraktionsvorsitzende, Herr Lambrou, zu Wort gemeldet.

#### **Robert Lambrou (AfD):**

Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es geht hier um die Proteste gegen den Bau der BAB 49, gegen die Abholzung im Dannenröder Forst und im Herrenwald. Der Protest ist teilweise friedlich, und er ist teilweise strafrechtlich relevant.

(Unruhe)

Ich möchte an dieser Stelle einmal an etwas erinnern, was bisher in der gesamten Aktuellen Stunde keine Erwähnung gefunden hat.

(Unruhe)

Infolge der Proteste, infolge der rechtswidrigen Abseilaktionen auf Bundesautobahnen hat es einen Schwerverletzten gegeben. Die Gedanken des gesamten Parlaments sollten auch bei dieser Person sein. Das wurde hier noch gar nicht erwähnt.

(Beifall AfD – Zuruf: Machen Sie doch eine Presseerklärung!)

– Ich rede von der Aktuellen Stunde hier und davon, dass dieser schwere Vorfall noch keine Erwähnung gefunden hat. Das ist einer der Gründe, warum ich an dieses Pult gehe, um auch das einmal zu erwähnen.

Ich nehme jedem hier ab, dass es uns beim Protest natürlich darum geht, dass er friedlich ist.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Das haben wir ja in Leipzig gesehen!)

Was passiert eigentlich, wenn der Protest teilweise gewaltbereit ist? Kann man dann, bei einer fehlenden Distanzierung und Trennung zwischen den Demonstranten, die friedlich vorgehen im Wald, und denen, die gewaltorientiert sind – ich sehe eine Vermischung zwischen beiden Gruppen im Wald –, als politische Partei den friedlichen Teil des Protestes eigentlich noch unterstützen? Daran habe ich große Zweifel, meine Damen und Herren.

(Beifall AfD – Zuruf Katy Walther (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich möchte etwas von Ihnen wissen und spreche hier gezielt die GRÜNEN an. Wie stehen denn die GRÜNEN, Herr Staatsminister Al-Wazir und Frau Walther, zu Gewalt gegen Sachen?

(Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mein Kollege Klaus Gagel hat eben erwähnt, dass Gartenlauben zerstört wurden, dass Hochsitze zerstört wurden, um Material für die Baumhäuser zu bekommen. Das sind letztendlich auch Ordnungswidrigkeiten, bis hin zu Straftaten. Ist das für Sie eigentlich noch okay, oder sagen Sie, das ist nicht in Ordnung? Ich glaube, das möchte der eine oder der andere Besitzer einer solchen Gartenlaube von Ihnen wissen. Wo ist hier also die Grenze für die GRÜNEN bei dem Thema „Was ist noch zulässig, obwohl es schon Ordnungswidrigkeit oder Straftat ist?“?

(Beifall AfD – Zuruf Katy Walther (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Oder distanzieren Sie sich grundsätzlich von jeder Straftat und jeder Ordnungswidrigkeit im Zusammenhang mit diesen Protesten? Das würde ich gerne von Ihnen am Rednerpult ganz klar hören.

Zum Schluss noch eine Bemerkung in die Zukunft gerichtet für Debatten, die wir hier sicherlich noch führen werden: Ich höre hier immer so niedriglich: „Der arme Danni, den darf man nicht abholzen“. Was ist denn mit dem „Reini“? Was ist mit dem Reinhardswald?

(Beifall AfD – Zuruf Katy Walther (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Da frage ich mich manchmal bei dieser Differenzierung der GRÜNEN zwischen dem Reinhardswald und dem Danni: Schauen Sie eigentlich auf Netflix die Serie „Gute Bäume, schlechte Bäume“?

(Beifall AfD)

Entweder Sie schützen alle Bäume, oder Sie lassen es. – Vielen Dank.

(Beifall AfD – Zurufe)

#### **Vizepräsidentin Heike Hofmann:**

Für die CDU-Fraktion hat sich nun Herr Bellino zu Wort gemeldet.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Mit Pegida demonstrieren und dann etwas von Gewaltfreiheit erzählen! – Gegenruf AfD: Für Gewalt ist doch DIE LINKE zuständig! – Gegenruf Janine Wissler (DIE LINKE) – Robert Lambrou (AfD): Ich bin nicht bei Pegida!)

#### **Holger Bellino (CDU):**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP, es war heute in der Zeitung zu lesen, es war ein FDP-Zitat, unsere Fraktionsvorsitzende, Ines Claus, sei gestern in einer hervorragenden Rede aggressiv aufgetreten. – Das habe ich zwar nicht wahrgenommen, aber ich frage mich, wie Sie dann den Auftritt von Dr. Naas klassifizieren.

(Heiterkeit und Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Ines Claus gestern schon aggressiv gewesen sein soll, dann müssen Sie jetzt in Ihrer Konsequenz vom Hausrecht Gebrauch machen oder sogar Schlimmeres. Man sollte – vielleicht nicht nur wegen des aktuellen Themas – von den Bäumen kommen, auch wenn es um die Rhetorik in diesem Haus geht.

Wenn nun die A 49 angesprochen und die Frage aufgeworfen wird, ob weitergebaut wird oder nicht, und wenn man dann versucht, den Koalitionspartner in die Enge zu treiben, gelingt es Ihnen doch nicht. Es ist Ihnen nicht über die Presse gelungen, und es ist Ihnen auch heute nicht gelungen. Es mag ja sein, dass bei Ihnen, der FDP und der SPD, die Erfahrungen aus Regierungskoalitionen schon weit zurückliegen. Wir können aber nichts dazu, dass Sie diese Erfahrung momentan nicht haben.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man schließt Vereinbarungen. Bei uns z. B., das nimmt draußen kaum einer wahr, wird über Personen erst ganz am Ende gesprochen.

(Günter Rudolph (SPD): Echt?)

– Ja, bei Ihnen ist das anders, das weiß ich.

(Heiterkeit und Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Günter Rudolph (SPD): Da müssen Sie ja selbst lachen! – Zurufe Freie Demokraten)

Bevor darüber gesprochen wurde, welche Ressorts von welcher Partei gezogen werden können, bevor dann über Personen gesprochen wurde,

(Zurufe Janine Wissler (DIE LINKE) und Günter Rudolph (SPD))

über die Ministerinnen und Minister und über die Staatssekretäre, haben wir vier Wochen tagtäglich in der Sache gearbeitet.

(Günter Rudolph (SPD): Prima! – Karina Fissmann (SPD): Was hat das mit dem Thema zu tun?)

Das heißt dann auch, man muss Kompromisse schließen. Das gehört zu einer Koalition dazu. Das ist doch das kleine Einmaleins. Dass man daraus eine Aktuelle Stunde macht, sich minutenlang und stundenlang aufregt,

(Günter Rudolph (SPD): Ach Gottchen!)

passt überhaupt nicht zu Menschen, die eigentlich wissen sollten, wie es funktioniert.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf Tobias Eckert (SPD))

Wir brauchen von der linken Seite des Hauses, aber auch von der AfD, keinerlei Belehrung, wenn es darum geht, dass wir uns von Extremisten, egal woher sie kommen, distanzieren. Das habe ich hier sehr deutlich gemacht. Ich kenne keine Pressemitteilung von uns, wo das nicht aufgerufen wird. Wir haben auch ganz klar gesagt – das wurde von Ihnen hier nicht wahrgenommen –, auch die GRÜNEN haben es gesagt, dass wir Respekt vor der Polizei haben.

Aber gerade die Fraktion, die sich bei dem vorherigen Tagesordnungspunkt sehr intensiv mit der Polizei auseinandergesetzt hat und meines Erachtens der Polizei geschadet hat, indem sie immer wieder versucht, darzustellen, dass dort ein latenter Rassismus existiert, gerade diese Leute regen sich jetzt hier auf und sagen, wir müssten uns deutlicher vor die Polizei stellen. – Wir tun dies bei jeder Gelegenheit. Bei jeder Gelegenheit stellen wir uns vor die Polizei.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir machen vor allem noch etwas anderes. Wir sorgen dort, wo wir Regierungsverantwortung haben, dafür, dass

nicht nur eine Lobhudelei stattfindet, wie das bei Ihnen zu beobachten ist, sondern wir statten die Polizei mit entsprechendem Geld und mit entsprechendem Personal aus.

(Zuruf)

Das machen wir, und das gilt auch für das Landesamt für Verfassungsschutz, das nach Ihnen, liebe Frau Wissler, abgeschafft werden soll.

Der AfD darf ich zum Schluss noch sagen: Lesen Sie den Antrag richtig. Darin steht auch eine klare Distanzierung von Gewalt gegen Sachen, von Sachbeschädigung.

(Zuruf Robert Lambrou (AfD))

Es ist ganz klar formuliert, und in den Reden wurde es entsprechend deutlich gemacht.

Sie müssen mir auch besser zuhören. Der Unfall wurde in meiner Rede angesprochen. Ich habe davon gesprochen, dass es bedauerlicherweise zu einem schweren Unfall kam und dass das alles nichts damit zu tun hat, dass jemand das Demonstrationsrecht ausübt, seine Meinung sagt. Aber dass dies Extremismus ist, dass das Gewalttaten sind, das wurde ganz klar gesagt.

Herr Lambrou, wenn Sie sagen, wir sollten in unseren Gedanken bei den Verletzten sein, dann sage ich: Das sind wir. Wir sind aber in Gedanken bei allen Verletzten, auch bei denen, die durch Pegida und andere verletzt wurden.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsidentin Heike Hofmann:**

Für DIE LINKE hat sich nun noch Herr Schalauske zu Wort gemeldet.

#### **Jan Schalauske (DIE LINKE):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Staatsminister Al-Wazir, ich frage Sie hier noch einmal, nachdem Sie versucht haben, Ihre Sichtweise auf den Autobahnbau in verschiedenen Bundesländern darzulegen: Herr Staatsminister Al-Wazir, wo war die Weisung des Bundes an das Land Hessen, die Autobahn A 49 weiterzubauen?

(Zuruf Minister Tarek Al-Wazir)

Ich frage Sie: Wo war der Widerstand des Landes Hessen gegen die Planungen des Bundes, gegen diesen Autobahnbau?

(Günter Rudolph (SPD): Jawohl!)

Gibt es einen Koalitionsvertrag von CDU und GRÜNEN, in dem ein klares Bekenntnis zum Weiterbau der A 49 steht? Gibt es die Drucks. 19/700, in der sich CDU und GRÜNE zum Weiterbau der A 49 bekennen? Gibt es das alles, oder gibt es das nicht? Wenn es das gibt – was die Sachlage hergibt, glaube ich –, dann bleibt es dabei: Wenn das grüne Politik in Regierungsverantwortung ist, dann sehen viele Menschen in diesem Lande schwarz, weil sie nämlich sehen, dass sie von Ihnen und Ihrem Einsatz für die Verkehrswende nicht allzu viel erwarten können. Das ist bedauerlich insbesondere für die Menschen in den Bürgerinitiativen und die Aktivisten aus der Klimabewegung.

(Beifall DIE LINKE – Zuruf)

– Genau so ist es. – Zweitens. Ziviler Ungehorsam war und ist eine wichtige Triebfeder für die Demokratie. Wo wären wir heute, wenn nicht vor einem Jahr ein paar mutige junge Menschen gesagt hätten: „Uns ist der Schutz des Klimas so wichtig, dass wir dafür unser bisheriges Leben zumindest zeitweise aufgeben, in den Dannenröder Wald gehen, dort Baumhäuser bauen und für den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen kämpfen“? Wir wären dann nicht heute hier und würden nicht diese Diskussion führen.

(Zurufe)

Diejenigen, die die Bäume besetzt haben, haben der ganzen Diskussion in Zeiten von Klimawandel, Dürreperioden und Wasserknappheit neuen Auftrieb gegeben, haben die Diskussion wieder in Gang gebracht. Ich finde, dafür haben sie unseren Respekt und unsere Anerkennung verdient.

(Beifall DIE LINKE – Zuruf Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wo wären wir heute, wenn Menschen sich nicht auch mit Mitteln des zivilen Ungehorsams und des zivilen Protests gegen die Atomkraft gewehrt hätten? Dann wären heute noch immer alle Atommeiler am Netz. Dann wäre heute wahrscheinlich Gorleben mit einem nicht geeigneten Salzstock noch immer ein atomares Endlager – gegen jeglichen Sachverstand. Ich bin froh und dankbar, dass es diese Form von zivilem Ungehorsam und Protest gegeben hat. Er hat diese Republik bereichert, und auch dafür sollten wir denjenigen, die sich diesem zivilen Ungehorsam angeschlossen haben, dankbar sein.

(Beifall DIE LINKE)

Ein Drittes, weil hier so viel zum Thema Gewalt gesprochen wurde. Ich glaube, ich habe dazu aus unserer Sicht alles unmissverständlich gesagt. Was ich hier aber nicht gehört habe – das sage ich insbesondere an die Vertreter in diesem Teil des Hauses –: Ich habe keine kritische Bemerkung gehört zu Hass, Gewaltandrohung und Hetze in den sozialen Medien gegen die Demonstranten gegen die A 49. Ich habe nichts dazu gehört, was an Gewalt gegen Menschen in den Bürgerinitiativen und Leute, die gegen die A 49 aktiv sind, ausgeübt wird. Ich habe auch nichts gehört von unnötiger Härte der Polizei, wovon Demonstranten mitunter berichten. Ich finde, auch das gehört dazu, wenn wir über die Lage im Dannenröder Wald sprechen.

(Beifall DIE LINKE)

Deswegen will ich zum Abschluss an Dr. Naas appellieren, der diese Aktuelle Stunde mit sehr viel Verve und vielleicht auch ideengeschichtlich mangelhafter Sachkenntnis vorangebracht hat.

(Zuruf Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten))

Sie sind hier – ich habe es so empfunden – sehr brachial aufgetreten. Ich habe mir sagen lassen, Sie sind auch im Dannenröder Wald gewesen. Ich kann Ihnen nur rückmelden: Die Aktivisten, mit denen ich gesprochen habe, fanden, dass Sie eigentlich ein ganz freundlicher Zeitgenosse sind und dass es ein gutes Gespräch war. Aber leider verhalten Sie sich im Hessischen Landtag anscheinend anders. Das spricht für sich. – Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE – Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Naas, was haben Sie da gemacht? – Gegenruf Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Ich habe denen zugehört!)

### Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Für die AfD hat sich nun Herr Gagel zu Wort gemeldet. Ihm verbleiben 2:44 Minuten.

### Klaus Gagel (AfD):

Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich subsumiere: 40 Autos in Gießen zum Abfackeln freigegeben, zerstörte Gartenlauben, kaputte Hochsitze, Polizisten werden mit Fäkalien beworfen, Polizisten werden mit Pyrotechnik beworfen, Nägel werden in Bäume gekloppt, um Waldarbeiter zu gefährden, der ganze Wald wird verbarrikadiert.

Meine Damen und Herren, was wir heute hier im Landtag sehen, ist eine ganz massive Verharmlosung dieser Straftaten und Ordnungswidrigkeiten.

(Beifall AfD)

Die Einsatzkräfte erzählen mir: Die Menschen, die sich dort im Wald befinden, sind nicht nur zu einem Teil, sondern zu einem Großteil keine anständigen Menschen.

(Beifall AfD)

Von Ihnen vermisste ich heute – ich habe es bisher nicht gehört; vielleicht macht es Frau Walther doch noch –: Distanzieren Sie sich heute, hier und jetzt, von diesen gewaltbereiten Chaoten, die Straftaten und Ordnungswidrigkeiten begehen und die vermutlich insgesamt Mitglieder einer kriminellen Vereinigung sind.

(Zuruf Jan Schalauske (DIE LINKE))

– Herr Schalauske, ziviler Ungehorsam sieht für mich anders aus. Dort, wo Gewalt im Spiel ist, können Sie die Karte des zivilen Ungehorsams nicht mehr ziehen. Das geht nicht mehr.

(Beifall AfD)

Denn das, was hier an den Autobahnen und auch im Wald passiert ist, was im Wald gegen Sachen und gegen Personen passiert ist, hat mit zivilem Ungehorsam nichts zu tun. Was ich hier auch von der regierungstragenden Fraktion der GRÜNEN sehe, ist ein ganz schwaches Bild. Ich habe Ihre Distanzierung von Gewalt und von diesen Kriminellen im Wald heute vermisst. – Vielen Dank.

(Beifall AfD – Zuruf Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

### Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich Frau Walther zu Wort gemeldet. – Danke fürs Desinfizieren.

(Vereinzelter Beifall)

### Katy Walther (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Da ich von Stefan Naas direkt angesprochen wurde, möchte ich erst einmal sagen, dass es im Interview des Deutschlandfunks darum ging, eine rechtliche Bewertung zu diesen Abseilaktionen abzugeben. Das maße ich mir nicht an. Das machen die Staatsanwaltschaften und Gerichte.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Zur SPD. Sie hätten ein bisschen besser recherchieren müssen. Wir hatten ganz viele Anfragen zu der Kostenentwicklung bei diesem Projekt, zu den Ausgleichs- und Umweltmaßnahmen. Wir hatten Anträge zur Offenlegung der Unterlagen der ÖPP-Projekte. Es gibt also ganz viele Anträge von uns. Aber die müssen wir auf Bundesebene stellen, weil es leider eine Bundesautobahn ist. Das müsste sich auch der SPD erschließen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Ein Wort zu den LINKEN, die sich jetzt für den Widerstand im Dannenröder Forst feiern. Noch einmal, die GRÜNEN sind der Widerstand seit 40 Jahren. Sie wissen seit vielleicht einem Jahr, dass es den Dannenröder Forst überhaupt gibt, weil Sie sich auf die Klimabewegung draufsetzen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – Lebhaftes Zurufe DIE LINKE)

Ein letzter Satz an die Vertreter der AfD. Ich habe vorhin in meiner Rede gesagt – wenn Sie zugehört hätten –

(Unruhe)

– Ist es vielleicht möglich, dass man zuhört, oder geht es nicht? – Noch einmal, an die Vertreter der AfD. Ich habe vorhin in meiner Rede gesagt: Wir sagen ganz deutlich, der Protest muss friedlich bleiben. Gewalt gegen Menschen und Gewalt gegen Sachen lehnen wir mit aller Deutlichkeit ab. Wer auf Menschen oder Sachen losgeht, kann sich hinter keiner auch noch so guten Sache verstecken.

Das waren unsere Ausführungen. Ich denke, das war deutlich genug.

(Lebhafte Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall CDU)

#### **Vizepräsidentin Heike Hofmann:**

Für die FDP-Fraktion hat sich nun Herr Müller zu Wort gemeldet. Ihm verbleiben 3:13 Minuten.

(Günter Rudolph (SPD): Das war Widerstand!)

#### **Stefan Müller (Heidenrod) (Freie Demokraten):**

Ich glaube, damit kann man es am Ende nicht stehen lassen. Frau Walther, wenn Sie sagen, dass sich die GRÜNEN seit 40 Jahren dagegen einsetzen: Warum haben Sie es nicht im Rahmen der Koalitionsverhandlungen getan?

(Beifall Freie Demokraten)

Das ist der entscheidende Punkt, und das muss man schlicht noch einmal benennen. Wenn Ihnen das Thema so wichtig gewesen wäre, hätten Sie an dieser Stelle zweimal die Gelegenheit gehabt, das entsprechend anders zu verhandeln. Das war es aber nicht. In der Abwägung mit anderen Themen haben Sie sich dafür entschieden, das Projekt ab sofort zu unterstützen, indem Sie den Koalitionsvertrag unterschreiben.

(Unruhe)

Genau das ist der Punkt, und das müssen Sie sich eingestehen.

(Zuruf Minister Tarek Al-Wazir)

– Herr Al-Wazir, Sie reden wieder von der Regierungsbank dazwischen. Sie bauen die Autobahn, da haben Sie recht. Aber Sie hätten es verhindern können, und das haben Sie nicht getan. Sie jetzt hinzustellen und genau das zu postulieren, das ist nicht ehrlich.

(Zuruf Minister Tarek Al-Wazir)

– Nein, das hat Ihnen keiner vorgeworfen. Wir werfen Ihnen vor –

(Zuruf Minister Tarek Al-Wazir)

#### **Vizepräsidentin Heike Hofmann:**

Ich bitte, die Zwischenrufe von der Regierungsbank aus einzustellen.

#### **Stefan Müller (Heidenrod) (Freie Demokraten):**

Wir werfen Ihnen vor, Herr Al-Wazir, dass Sie sich nicht hinter dieses Projekt stellen, obwohl Sie es im Koalitionsvertrag mitgetragen haben, dass man damit Emotionen schürt. Das ist auch der Vorwurf an die GRÜNEN. Sie können nicht das falsche Spiel spielen, im Koalitionsvertrag dafür zu sein und jetzt zu sagen, Sie sind dagegen, aber Sie müssen es, und dann von uns Freien Demokraten einzufordern, dass wir Sie dafür loben, dass Sie es jetzt bauen und Ihren Amtseid befolgen. Gehts noch? Sie haben diesen Amtseid geleistet, und wir erwarten von Ihnen, dass Sie ihn erfüllen. Da brauchen Sie von uns wirklich kein Lob zu fordern.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir brauchen auch kein Lob von Ihnen!)

Herr Schalauske, wenn ich sehe, was im Dannenröder Forst gerade passiert, und wenn ich höre, dass sich die Polizei bei überschießender Gewalt ein bisschen vorsichtiger verhalten soll, sage ich Ihnen: Ich war auch dort und werde es mir wieder anschauen, was dort im Moment los ist, was da herausgefordert wird. Wenn ich mir den Danni-Ticker anschau, sehe ich die Art und Weise, wie die Extremisten dort unterwegs sind. – Die Unterscheidung hat Herr Naas eben sehr genau zwischen Extremisten und „Fridays for Future“ gemacht, die demonstrieren und dann auch gehen, wenn die Polizei sie dazu auffordert bzw. geräumt wird. Diese Unterscheidung muss man machen.

(Zuruf: Er hat sie als Terroristen bezeichnet!)

– Das hat er nicht.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Doch, hat er! – Hermann Schaus (DIE LINKE): Das ist eine Verharmlosung von Terroristen!)

– Bitte, hört doch auf. Ihr wisst doch selbst, dass das nicht richtig ist.

(Fortgesetzte Zurufe)

Aber dann der Polizei vorzuwerfen, dass sie in diesen Situationen dort falsche Maßnahmen ergreift, das halte ich definitiv für falsch.

(Beifall Freie Demokraten – Zuruf Jan Schalauske (DIE LINKE))